

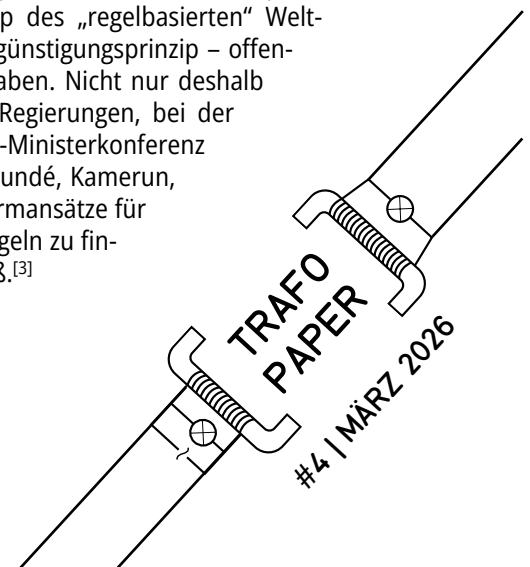
ZOLLBRUCHSTELLEN IM SYSTEM

Für eine gerechte, inklusive und
nachhaltige globale Handelspolitik
über die WTO hinaus

von Wolfgang Obenland, Jürgen Knirsch und Boniface Mabanza

„Wir erleben ja das vorläufige Ende einer regelbasierten, auf dem Völkerrecht basierenden multilateralen Ordnung,“ analysierte Bundeskanzler Friedrich Merz im Oktober 2025 die globale Situation.^[1] Tatsächlich scheint diese Feststellung vor allem im Bereich der globalen Handelspolitik zuzutreffen. Nicht erst seit Amtsantritt der zweiten Regierung Trump haben sich die Vereinigten Staaten immer weiter von dem abgewendet, was in einer unüberschaubaren Menge von internationalen Abkommen und Dokumenten als „das regelgestützte, nichtdiskriminierende, offene, faire, inklusive, gerechte und transparente multilaterale Handelssystem, in dessen Zentrum die Welthandelsorganisation steht,“ bezeichnet wird.^[2] Beispielhaft sei erwähnt, dass der Streitschlichtungsmechanismus

der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) durch die Weigerung der Vereinigten Staaten, neue Mitglieder für die Berufungsinstanz zu benennen, seit Jahren dysfunktional ist und dass die Vereinigten Staaten spätestens mit der Zollpolitik Trumps ein Kernprinzip des „regelbasierten“ Welthandels – das Meistbegünstigungsprinzip – offensichtlich aufgegeben haben. Nicht nur deshalb ist der Druck auf die Regierungen, bei der anstehenden 14. WTO-Ministerkonferenz Ende März 2026 in Yaoundé, Kamerun, wenigstens einige Reformansätze für die globalen Handelsregeln zu finden, entsprechend groß.^[3]



Fair, inklusiv und gerecht?

Was in der Aufregung rund um die wöchentlich neuen Drohungen und von Washington verkündeten Zoll-erhöhungen und „Deals“ leicht untergeht: „Fair, inklusiv und gerecht“ war das Handelssystem noch nie. Gerade ärmere Länder beklagen seit Jahrzehnten, dass die mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) und weiteren Abkommen in den 1990er-Jahren in der WTO zusammengeführten Regeln und Prozesse sie in ihren Entwicklungsbemühungen mehr behindern als voranbringen. Für sie war die WTO schon immer das in Form gegossene Recht des Stärkeren, das nun in den Deals der USA und den angestrebten bilateralen Abkommen der Europäischen Union, mit denen sie sich als *global player* zu behaupten versucht, nackt zu Tage tritt. Die Kritik an der undifferenzierten Anwendung zentraler WTO-Prinzipien wie Meistbegünstigung, Nichtdiskriminierung und Reziprozität ist daher untrennbar mit der Kritik an Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) und anderen aus diesen Prinzipien abgeleiteten bilateralen Abkommen verbunden. Hinzu kommt, dass Länder des Globalen Südens in bilateralen Verhandlungen vielfach isoliert agieren und der wirtschaftlichen und politischen Übermacht der EU deutlich stärker ausgeliefert sind als im multilateralen Rahmen. Es ist hier kein Raum für eine umfassende und detaillierte Analyse und Kritik des gegenwärtigen Welthandelssystems und seiner Strukturen.^[4] Allein die nachgenannten Themen mögen als Anhaltspunkte dafür genügen, dass der Status Quo genau so wenig haltbar ist, wie ein Rückfall auf den Status Quo Ante Trump.

Schon lange kritisiert werden aus Süd-Sicht unter anderem fünf Punkte:^[5]

- » **Ungerechte Agrarsubventionen und Handelsnormen:** Industrieländer behalten massive Subventionen bei, die ihre Agrarprodukte künstlich verbilligen und so die Märkte der Entwicklungsländer unter Druck setzen. Gleichzeitig werden deren eigene Subventionen und internen Stützungsmaßnahmen begrenzt. Strenge Normen (z.B. Lebensmittelstandards) blockieren als nichttarifäre Handelshemmnisse zusätzlich den Zugang zu Märkten des Nordens.
- » **Unfaire Regeln für geistiges Eigentum:** Die WTO-Regeln – vor allem im Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS) – und Freihandelsabkommen zwingen Entwicklungsländer zur Anerkennung von Monopolen auf Technologien, Saatgut und Medikamente. Dies hat vielfältige Folgen: Die Konzentration von Patenten (und Marktmacht) in der Agrarindustrie, gerade für zentrale Vorprodukte wie Saatgut, führt im Einkauf zu hohen Preisen, eingeschränktem Zugang zu lebenswichtigen Produkten- und Produktionsverfahren, zerstört lokales Wissen und behindert eine nachhaltige Landwirtschaft durch Kontrolle über Saatgut und biologische Vielfalt. Wie schädlich die sehr einseitig verteilte Kontrolle über Patente im Gesundheitssektor (Medikamente, Verfahren und Impfstoffe) ist, hat jüngst die COVID-19-Pandemie gezeigt. Ähnliche Erfahrungen machen ärmere Länder schon lange mit wichtigen Medikamenten wie modernen HIV-Therapien oder neuen Malaria-mitteln, die oft lange nur als teure Originalprodukte zur Verfügung stehen. Ohne Generikakonzurrenz bleibt der Zugang begrenzt, da die fiskalischen Handlungsspielräume der betroffenen Länder sehr limitiert sind.
- » **Digitale Ungleichheit und Datenkontrolle:** Diverse Handelsabkommen fördern die Liberalisierung der digitalen Wirtschaft zugunsten globaler Konzerne. Dazu gehört das plurilaterale E-Commerce-Abkommen, ein von gut 90 WTO-Mitgliedern ursprünglich als sog. Initiative für eine gemeinsame Erklärung (Joint Statement Initiative, JSI) ausgehandeltes Regelwerk, das den grenzüberschreitenden digitalen Handel liberalisieren und einheitliche Vorgaben zu Datenflüssen, digitalen Dienstleistungen und Zöllen auf elektronische Übertragungen schaffen soll. Die USA, die die E-Commerce-Initiative unter der Biden-Administration nicht unterzeichnet haben, setzen gegenwärtig unter Donald Trump ihre erpresserische Zollpolitik erfolgreich ein, um bilaterale Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens abzuschließen, in denen lokale Datenspeicherung, Quellcodeöffnung und die Erhebung von Steuern verboten sind. Darüber hinaus gibt es ein WTO-Moratorium für Zölle auf

grenzüberschreitende digitale Dienstleistungen, das im März 2026 offiziell ausläuft, aber eventuell noch einmal verlängert werden wird.^[6]

Diese Regeln fördern eine stark unternehmensgetriebene Liberalisierung des digitalen Handels, die vor allem großen Plattform- und Tech-Konzernen nützt und Staaten – insbesondere im Globalen Süden – wichtige Steuerungsinstrumente nimmt. Durch weitreichende Einschränkungen von Zöllen auf digitale Produkte und Vorgaben zu freien Datenflüssen werden fiskalische Spielräume, Datenlokalisierung und eine aktive Digital- und Industriepolitik eingeschränkt, was digitale Ungleichheiten zwischen Ländern mit starker und schwacher digitaler Infrastruktur vertieft. Zugleich werden Möglichkeiten demokratischer Datenkontrolle, etwa beim Schutz personenbezogener Daten, bei der Regulierung von Algorithmen oder bei arbeitsrechtlichen und Verbraucherschützenden Standards eingeschränkt, indem diese Fragen in handelsrechtliche Regelwerke ausgelagert werden,

die wenig Raum für menschenrechtliche, entwicklungs- oder sozialpolitische Anliegen lässt.

- » **Einseitige Nachhaltigkeitsmaßnahmen:** Maßnahmen wie die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR)^[7] oder der Europäische CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM)^[8] werden im Globalen Süden als benachteiligende nicht-tarifäre Handelshemmnisse angesehen. Diese einseitigen Handelsmaßnahmen (unilateral trade measures, UTM) würden Exporte aus dem Süden verteuern, ohne echte Unterstützung beim ökologischen Wandel zu bieten und widersprechen damit dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, einem der zentralen Grundsätze der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (1992).^[9] Sie dienen dazu, die Kosten für die Bekämpfung des bzw. die Anpassung an den Klimawandel auf ärmere Länder abzuwälzen, dienen der Marktkontrolle statt echter Nachhaltigkeit und ignorieren strukturelle Ungleichheiten.^[10] Interessanterweise

Die Kontroverse um CBAM

Insbesondere CBAM, ein Kernstück der Europäischen Klimapolitik der ersten EU-Kommission unter Ursula von der Leyen, steht unter Beschuss von nahezu allen – mit interessanten Ausnahmen:

Im Mai 2025 startete Russland bei der WTO einen Streitfall gegen die EU und ihre Mitgliedsstaaten, da nach Sicht Russlands CBAM gegen mehrere GATT-Regeln und andere WTO-Regularien verstöße.^[14]

CBAM steht auch ganz oben auf der Liste der EU-Regularien, die Donald Trump ablehnt. CBAM ist für ihn eine „unfaire Handelspraktik“, die US-Exporteure mit geschätzten 4 Milliarden Euro an jährlichen Kosten belasten würde. Als Reaktion auf CBAM und zum Schutz der heimischen Industrie verkündete er neue Zölle gegen die EU in Höhe von 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporte. In der Gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und der EU zu dem geplanten Rahmenabkommen über gegenseitigen, fairen und ausgewogenen Handel vom 21. August 2025 nimmt die Europäische Kommission die Bedenken der USA hinsichtlich der Behandlung kleiner und mittlerer US-Unternehmen im Rahmen von CBAM zur Kenntnis und verpflichtet sich auf die Schaffung zusätzlicher Flexibilitäten bei der Umsetzung des CBAM hinzuarbeiten.^[15] Dagegen warnte im November 2025 ein Bündnis von Unternehmen und Verbänden in einem Brief

an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass eine Verzögerung oder Abschwächung des CBAM im Namen der Beschwichtigungspolitik gegenüber Trump 20 Jahre EU-Klimabemühungen zunichtemachen könnte.^[16]

Auf dem Klimagipfel im November 2025 in Belém (COP30) kritisierten Brasilien, China, Indien, Südafrika und andere als Like-Minded Developing Countries (LMDC) bezeichnete Länder CBAM als doppelte Bestrafung: einerseits bestraft CBAM die Schwellenländer, die bereits mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben, andererseits sei die EU nicht bereit, genügend Klimafinanzierung bereitzustellen.^[17]

Gegen die geplanten Aufweichungen und Ausnahmeregelungen für u.a. Düngemittel protestierte im Januar 2026 die Europäische Schwerindustrie: Die meisten der großen Branchenverbände, die die vom CBAM abgedeckten Sektoren wie Düngemitteln, Stahl, Eisen, Aluminium, Zement, Wasserstoff und Strom repräsentieren, warnen – so der Informationsdienst Politico – davor, dass die neue Ausnahmeregelung EU-Unternehmen nicht nur unfairer Wettbewerb aussetzt, sondern auch das Ziel des CBAM – die Handelspartner der EU zum Umstieg auf sauberere Produktionsmethoden zu bewegen – gefährdet, da sie Unsicherheit über die Höhe der EU-Nachfrage nach kohlenstoffarmen Importen schafft.^[18]

stehen entsprechende Regeln zumindest teilweise auch EU-intern unter dem Label „Bürokratieabbau“ unter Beschuss und sollen im Rahmen der diversen Omnibus-Pakete abgeschwächt werden (siehe auch die Box).

Es gibt aber auch Kritik von anderer Seite: Ohne globale Abstimmung und die Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer bleiben Nachhaltigkeitsmaßnahmen der EU Insellösungen, die es den Mitgliedstaaten erlauben, unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit Greenwashing zu betreiben. Damit untergraben sie nicht nur bestehende, teils ambitionierte nationale und regionale Sozial- und Umweltschutzstandards, die eigentlich für alle gelten müssten und oft an begrenzten institutionellen Kapazitäten scheitern, sondern schwächen zugleich die Bemühungen zur Entwicklung und Durchsetzungskraft gemeinsamer Lösungen im multilateralen Rahmen.

- » **Investor-Staat-Streitbeilegung:** Ein Spezifikum der meisten bilateralen Handels- und v.a. Investitionsabkommen (nicht der WTO-Abkommen) ist die Einräumung von Klagerechten von Unternehmen gegenüber Regierungen, sog. Investor-State Dispute Settlement, ISDS. Diese Klauseln erlauben Konzernen, Staaten zu verklagen, wenn politische Maßnahmen ihre Gewinne schmälern. Entwicklungsländer verlieren häufig solche Verfahren, was sie daran hindert, Umwelt-, Gesundheits- oder Sozialpolitik umzusetzen.^[11]

Wenn die Bundesregierung – im Konzert mit den Partnern in der Europäischen Union – es also ernst damit meint, das regelbasierte Handelssystem zu erhalten, dann kann dies nur gelingen, wenn die Probleme aus der Zeit vor Trump gleichermaßen mit überwunden werden.

Die Bundesregierung und die Europäische Union stehen vor einer klaren Entscheidung: Entweder sie bekennen sich glaubwürdig zu einem reformierten, gerechten Multilateralismus – oder sie verstecken sich hinter den Verwerfungen des Trumpismus, um ein Handelssystem zu verteidigen, dessen Krise sich weiter zuspitzen wird.

Ob das unter dem institutionellen Dach der WTO gelingen kann, bleibt für uns eine noch zu klärende Frage. Erfolgsversprechender erscheint uns, das Institutionengefüge der Weltökonomie darauf abzuklopfen, wo die besten Entscheidungen im Sinne aller Staaten zustande gebracht werden können, ohne die Interessen der ärmeren und kleineren Ökonomien weiter systematisch zu marginalisieren. Eine Rolle könnte dabei auch den Vereinten Nationen zukommen, allen voran der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UN Conference on Trade and Development, UNCTAD).^[12] Auch liegt mit dem Konzept der Ethischen Handelszonen ein Vorschlag vor, die Regulierung des Welthandels der UN zu unterstellen.^[13]

Wichtiger als der Ort, an dem über Fragen des Welthandels entschieden wird, erscheinen uns momentan die Fragen selbst. Grundsätzlich gesprochen braucht es ein grundlegendes Umdenken bezüglich der Rolle des Handels in der globalen Ökonomie. Für eine zukünftige, wirklich inklusive, faire und gerechte Welthandelsordnung sehen wir folgende Kriterien als zentral.

Vom Kopf auf die Füße: Handel als Instrument für nachhaltige Entwicklung, nicht für Geopolitik und Exportfetisch

Die Förderung des Außenhandels hat sich – gerade in den exportorientierten Ökonomien, zu denen auch Deutschland gehört – zu einer Art Fetisch entwickelt. Zu sehr waren Abkommen und neue Regeln noch von dem Wunsch getrieben, möglichst viel Handel weltweit zu treiben. Ein gesellschaftlicher Nutzen wurde als gegeben unterstellt. Global wie national sich vertiefende sozio-ökonomische Ungleichheiten – in Deutschland sichtbar als wachsender Niedriglohnsektor, anderenorts als einstürzende oder einsturzgefährdete Fabriken – wurden dabei ignoriert oder bewusst in Kauf genommen. Was bemerkenswerterweise selten bis nie im Zentrum stand, waren Entwicklungserfordernisse und Gerechtigkeit. Am sichtbarsten wurde das durch die 2001 beschlossene und seit dem 1. Januar 2005 auf ihren Abschluss harrende Doha-Entwicklungsrunde der WTO.^[19]

Diese Zeiten sind vorbei. Heute wird die Handels-gesamtheit wie bspw. die Entwicklungspolitik ganz offen zur Sicherung der eigenen Interessen eingesetzt: Zugang zu Rohstoffen, Sicherheitsinteressen, Abwälzen von Klimaschutzmaßnahmen, Migrationspolitik etc. Natürlich soll Handel dem guten Leben dienen und als Instrument zur Förderung gesellschaftlicher Ziele eingesetzt werden; wobei sich die Frage stellt, welche Ziele das sind. Würde Handelspolitik sinnvollerweise dazu genutzt, die Menschenrechte zu verwirklichen, den Klimawandel einzudämmen und andere Globale Öffentliche Güter so zu schützen, dass die Kosten dafür nicht einseitig von den Entwicklungsländern getragen werden müssen, wäre viel gewonnen.^[20]

Handelsabkommen müssen klaren und verbindlichen Leitplanken unterliegen. Nur so lässt sich verhindern, dass sie sich in ihren Präambeln mit wohlklingenden gesellschaftlichen Zielen schmücken, während ihre zentralen Instrumente eben diese Ziele faktisch untergraben. Um dieses Unterfangen voranzubringen sind verschiedene Schritte denkbar. Zuoberst sollte der Zustand beendet werden, dass Handelsabkommen und -regeln verbindlich durchsetzbar sind, während Verabredungen wie die Ziele für nachhaltige Entwicklung als unverbindliche Absichtserklärungen gelten. Das verhindert vielerorts vernünftige sozial- und umweltpolitische Maßnahmen. Als prominentestes Beispiel sei hier der Energiecharta-Vertrag (Energy Charter Treaty, ECT) genannt, der es Unternehmen erlaubt, gegen die Vertragsstaaten vorzugehen, wenn

diese Klimaschutz betreiben. Obwohl die Europäische Kommission 2024 aus dem ECT ausgetreten ist und ihre Mitgliedstaaten aufforderte, diesem Schritt zu folgen, sind derzeit noch 16 Mitgliedstaaten im ECT.^[21] Auch ein Austritt allein schützt nicht sofort vor ISDS-Fällen. Laut der Survival-Klausel des ECT können ISDS-Klagen von Unternehmen auch noch bis zu zwanzig Jahren nach dem Austritt gegen ein ehemaliges ECT-Mitglied eingereicht werden^[22], sofern diese Klausel nicht durch ein Zusatzabkommen ausgeschaltet wird.^[23] Diese Erfahrungen mussten kürzlich die Niederlande machen, nachdem sie beschlossen hatten, die Gasförderung im Groninger Feld schrittweise einzustellen. Nun sieht sich der niederländische Staat mehreren auf dem ECT basierenden ISDS-Schiedsverfahren gegenüber, die von Shell und ExxonMobil angestrengt wurden. Die beiden Ölkonzerne haben das Feld über sechs Jahrzehnte lang betrieben.^[24] Auch gegen die Bundesrepublik sind ISDS-Verfahren auf Basis des ECT anhängig.^[25] Insgesamt muss die Praxis der Investorenklage-Regime in plurilateralen Verträgen wie dem ECT ebenso wie in bilateralen Handels- und Investitionsabkommen abgeschafft werden.^[26]

Kurz gesagt

- » Handelsrecht darf nicht über anderen Rechten stehen.
- » Sonderrechte für Exporteure und Investoren gehören abgeschafft.
- » Handel darf nicht als Selbstzweck gesehen werden.
- » Handel darf nicht zur Durchsetzung egoistischer Partikularinteressen missbraucht werden.

Abkehr von Freihandel und Multilateralismus: Hybris, Heuchelei und Ausgrenzung

Die Europäische Union sieht sich gerne als Champion des multilateralen Handelssystems – eine Position, die angesichts ihrer tatsächlichen Handelspolitik zunehmend fragwürdig erscheint. 2024 machte der EU-Anteil am Welthandel schätzungsweise 15,8 Prozent aus (USA: 13,6 Prozent; China: 13,4 Prozent), womit sie der größte Handelsblock der Welt ist.^[27] Die EU verfügt über das weltweit größte Netz von Handelsabkommen mit über 40 Einzelabkommen mit mehr als 70 Ländern. Für weitere 20 Abkommen laufen aktuell Verhandlungen, Unterzeichnungs- und Ratifizierungsprozesse. In der gegenwärtigen geopolitischen Konstellation, in der die USA und China die bedeutendsten Player sind, versucht die EU mit allen Mitteln, neue bilaterale Abkommen abzuschließen, etwa mit dem Östlichen und Südlichen Afrika (ESA), den Mercosur-Staaten, Indien, Indonesien oder Australien. Kommissionspräsidentin von der Leyen brachte sogar ein Zusammengehen mit der „Umfassenden und Fortschrittlichen Vereinbarung für eine Trans-Pazifische Partnerschaft“ (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, CPTPP) ins Spiel, obwohl die EU mit nahezu allen CPTPP-Mitgliedern bereits bilaterale Abkommen unterhält oder verhandelt.^[28]

Während China seine Rolle im Welthandel etwa durch die Belt and Road Initiative mit rund 140 beteiligten Staaten ausbaut und Indien sich – als bevölkerungsreichster Staat – nach dem politischen Beschluss über Freihandelsabkommen mit der EU vom 27. Januar 2026 bereits eine knappe Woche später, am 2. Februar 2026, mit den USA auf einen Handelsdeal einigte,^[29] gibt sich die EU weiterhin als Hüterin des Multilateralismus. So betonte EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič beim Trade Policy Day am 20. November 2025 die Bedeutung der multilateralen Ordnung.^[30]

In der EU wird das Abschließen bilateraler Handelsabkommen im aktuellen geopolitischen Kontext als eine Strategie interpretiert, die angesichts des Trumpismus demonstrieren soll, dass ein regelbasiertes Handelssystem noch möglich ist. Dass diese Strategie sich auf den Multilateralismus genauso zerstörerisch auswirkt wie der Trumpismus, wird ausgeblendet. Dafür gibt es Gründe. Diese Dualität – einerseits zahlreiche bilaterale Abkommen außerhalb der WTO abzuschließen, sich andererseits als Verfechter des Multilateralismus zu inszenieren – hat Geschichte: Bereits 2006 verstärkte die EU-Kommission mit dem Bericht *Global*

Europe: Im Wettbewerb mit der Welt ihr Engagement für bilaterale und plurilaterale Abkommen.^[31] 2021 konkretisierte die neue handelspolitische Überprüfung *Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik* diese Strategie unter dem Schlagwort der offenen strategischen Autonomie: Offene strategische Autonomie unterstreicht die Fähigkeit der EU, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und die Welt um sie herum durch Führungsstärke und Engagement zu gestalten, wobei ihre strategischen Interessen und Werte zum Ausdruck kommen.^[32]

Damit wird die Degradierung der multilateralen Ebene legitimiert, auch wenn weiterhin Lippenbekenntnisse zu WTO-Reformen formuliert werden. Zum Repertoire dieser Rhetorik gehört auch die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, die EU-Handelspolitik erhöhe die Möglichkeiten für Entwicklungsländer zur Verringerung der Armut auf Grundlage internationaler Werte wie Arbeits- und Menschenrechte – auch in Kontexten, in denen die betroffenen Länder diese Behauptung entschieden bestreiten. Alles andere als ein Lippenbekenntnis ist hingegen das von einigen Expert:innen als mächtigste Waffe der EU bezeichnete Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion Instrument, ACI) von 2021. Es ermöglicht der Europäischen Kommission, den Zugang zum europäischen Markt einseitig zu beschränken.^[33]

In früheren EU-Diskursen stellte sich die Union stets als normative Macht dar, die über Geopolitik hinausgeht und Freihandel sowie Multilateralismus anstrebt, während andere Handelsmächte als eigennützig, protektionistisch und regionalistisch dargestellt wurden. Durch diese Kommunikationsstrategie schuf die EU einen Unterschied zwischen sich selbst und den Anderen. Neuere Analysen zeigen, dass diese Strategie aktualisiert wurde: Die EU kontrastiert ihre gegenwärtige selbstbewusste Handelspolitik mit ihrer früheren „naiven normativen“ Politik und stellt gleichzeitig einer schlechten offensiven Geopolitisierung des Handels (USA, China) eine gute defensive Geopolitisierung (EU) gegenüber. Damit inszeniert die EU ihre neue geopolitische Handelspolitik als provozierte Reaktion auf andere internationale Akteure und schafft es so, sich an den geökonomischen Wettbewerb anzupassen, ohne ihr normatives Selbstbild aufgeben zu müssen.^[34]

Auch das im August 2025 mit den USA vereinbarte Rahmenabkommen folgt dieser Logik, wenngleich US-Präsident Trump die Rolle des *bad guy* vermutlich nur zu gerne annimmt. Die Gemeinsame Erklärung zu einem Rahmenabkommen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union über gegenseitigen, fairen und ausgewogenen Handel ist Heuchelei pur: „Dieses Rahmenabkommen ist ein konkreter Beweis für unser Engagement für fairen, ausgewogenen und für beide Seiten vorteilhaften Handel und Investitionen. Dieses Rahmenabkommen wird unsere Handels- und Investitionsbeziehungen – eine der größten der Welt – auf eine solide Grundlage stellen und die Reindustrialisierung unserer Volkswirtschaften wiederbeleben.“^[35]

Kurz gesagt

- » Solange der Globale Norden – und hier insbesondere die EU – sich nicht zu seiner historischen Schuld bekennt, sein Überlegenheitsgefühl ablegt und die in der Rio-Erklärung von 1992 über Umwelt und Entwicklung festgelegten Grundsätze akzeptiert und lebt, insbesondere die Anerkennung gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten (Grundsatz 7), werden die Diskussionen über ein multilaterales Handelssystem in einer Sackgasse enden.
- » Die EU sollte nicht nur verbal, sondern auch in Taten als Verfechterin eines multilateralen Handelssystems agieren und ihre bilateralen Ambitionen auf solche Fälle beschränken, wo sie tatsächlich einen Zugewinn für alle Beteiligten bringen.

Regelbasiert, nicht ungerecht: Eine Rückbesinnung auf Special and Differential Treatment

Ein wichtiges Charakteristikum des Handelssystems à la WTO war, dass es Regeln gab, an die sich alle zu halten hatten und die im Zweifel in Streitschlichtungsprozessen eingeklagt werden konnten. Problematisch war schon immer, dass genau diese Regeln in vielen Fällen dazu geführt haben, dass v.a. kleine Ökonomien des Globalen Südens in ihrem politischen Handlungsspielraum eingeschränkt wurden, während Industrieländer mit ihren Exportinteressen geschützt wurden.

Selbst dieses System hat sich weiter pervertiert: Von den großen Volkswirtschaften werden selbst grundsätzliche Regeln wie das Meistbegünstigungsprinzip (dass Handelsvorteile, die einem Vertragspartner gewährt werden, im Zuge der Gleichberechtigung allen Vertragspartnern gewährt werden) offen verletzt und in Frage gestellt (zuletzt bspw. von EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič in einem Gastbeitrag für die Financial Times^[36]). Durch „Deals“ wird dieser Rechtsbruch wenigstens zwischen den großen Handelsblöcken perpetuiert. Auf der Strecke bleiben dagegen kleinere und ärmere WTO-Mitglieder, weil zugleich das WTO-Streitschlichtungssystem durch die Blockade neuer Besetzungen in der Berufungsinstanz blockiert ist. Kurz gesagt ignorieren die Starken das Recht, während die schwachen durch das Recht gebunden werden. Im Ergebnis werden Exporte der Entwicklungsländer künstlich verteuert, was globale Ungleichheiten weiter befeuert.

Dabei gab (und gibt) es ein Prinzip, das genau diesen Zustand verhindern oder zumindest mindern sollte: Die Sonder- und Vorzugsbehandlung (Special and Differential Treatment, SDT) für arme und ärmste Entwicklungsländer. Für sie sollten präferierte Zugangsbedingungen und Importzollsätze gelten, die ihre schwache Wettbewerbsposition zumindest teilweise stärken sollte. Wie oben dargestellt, wurde das Prinzip aber systematisch durch sog. nicht-tarifäre Handelshemmnisse unterlaufen, v.a. im Agrarhandel.

Verletzt sehen Entwicklungsländer das Prinzip aber auch, wenn einseitig Nachhaltigkeitsstandards für Importe eingeführt werden, die effektiv Exporthemmnisse darstellen. Auch hier könnten Lösungen in Sonder- und Vorzugsbehandlungen liegen.

Diese müssen nicht unbedingt als Aufgabe von Standards gestaltet werden, sondern sollten – ganz im Sinne des 1992 in der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung fixierten Grundsatzes 7 der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten der Rio-Prinzipien – durch Unterstützungs- und Ausgleichsleistungen sowie durch die gemeinsame, multilaterale Ausgestaltung verwirklicht werden. Was dagegen eindeutig kontraproduktiv ist, ist die Aufkündigung von eingeräumten Sonderbehandlungen, bspw. durch die Nichtverlängerung des African Growth and Opportunity Act (AGOA) über den 31. Dezember 2026 hinaus in den USA.^[37]

Kurz gesagt

- » Handel muss sich an Regeln halten, die effektiv für alle gleichermaßen gelten.
- » Streitschlichtungsmechanismen müssen für alle gleichermaßen zugänglich sein und effektiv arbeiten.
- » Kleine und ärmere Länder sollten explizit Sonder- und Vorzugsbehandlung genießen.
- » Unilaterale Maßnahmen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer ausgestaltet werden.

Souveränität neu justieren

Souveränität und die Befreiung von allerlei Abhängigkeiten werden derzeit umfassend diskutiert. Regierungen nehmen für sich in Anspruch, die national definierten Interessen auch gegen internationale Regeln rücksichtslos durchzusetzen. Zugleich soll bspw. der Zugang zu wichtigen Rohstoffen für die eigene Industrie gesichert und der Willkür von als Konkurrenten gesehenen Ländern entzogen werden.

Diese Souveränität muss man sich aber leisten können. Gerade die Sicherung des Zugangs zu den sog. kritischen Rohstoffen, die nun einmal nicht allorts verfügbar sind, macht Souveränität zu einem Nullsummenspiel. Um sich Zugang zu verschaffen, zwingen starke Ökonomien schwache dazu, ihre Kontrolle über die eigenen Ressourcen aufzugeben. Ähnliches gilt für Besteuerungsrechte im weiteren Sinne. Mit Macht setzen starke Ökonomien die Interessen ihrer Investoren und Exporteure durch. Sie fordern Sonderbehandlung (bspw. Zollfreiheit für grenzüberschreitende elektronische Dienstleistungen) und Vergünstigungen (bspw. Verbote für Digitalsteuern) und drohen mit Sanktionen. Kurz gesagt, sie schränken die Souveränität von Staaten ein.

Ähnlich zu beurteilen sind WTO-Regeln, die zur Aufrechterhaltung des Freihandels bestimmte Praktiken untersagen, wie im Bereich der öffentlichen Vorratshaltung von Grundnahrungsmitteln. Am eklatantesten greifen geistige Eigentumsrechte in das Recht von Staaten ein, ihre Bevölkerung vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Selbst auf dem Papier vorhandene Ausnahmen haben während der

COVID-19-Pandemie nicht dazu geführt, dass Impfstoffe patentfrei in Entwicklungsländern produziert wurden.

Hier gilt es eine neue Balance zu finden. Souveränität nicht verstanden als Recht zur egoistischen Interessenswahrung, sondern als Recht, die Verwirklichung der Menschenrechte im eigenen Einflussbereich (und dazu gehören explizit auch extraterritoriale Staatenpflichten) voranzutreiben, würde auch die Regeln des globalen Handelssystems neu justieren.

Das gilt umso mehr für Regeln, die die Verwirklichung der Menschenrechte – einschließlich des Rechts auf eine saubere und gesunde Umwelt – zum Rechtsbruch machen, wie Investorenklagerechte es an verschiedenen Stellen tun.

Kurz gesagt

- » Souveränität bedeute nicht das Primat egoistischer Interessenwahrung.
- » Souveränität ist auch die Verantwortung für die Verwirklichung der Menschenrechte.
- » Wo Handelsregeln Souveränität in diesem Sinne einschränken, sind sie zu reformieren. Das gilt vor allem in menschenrechtssensiblen Sektoren wie Landwirtschaft und Ernährung sowie Gesundheit.

Handel als Entwicklungsmotor?

Dass die Beteiligung am Welthandel als Entwicklungsmotor fungieren kann, wird als Gemeinplatz allgemein anerkannt. Tatsächlich ist die Situation komplex und die Frage nicht geklärt, ob tatsächlich ein Trickle-Down-Effekt gegeben ist und was und für wen nach unten durchsickert, sprich bei der lokalen Bevölkerung tatsächlich ankommt. Während Ökonomien in Asien sich sehr erfolgreich in die internationalen Wertschöpfungsketten integriert haben, verbleiben Länder in Lateinamerika und Afrika noch immer abhängig von Rohstoffexporten und sind kaum Teil von profitablen Weiterverarbeitungsschritten. Was einem Lehrbuch für effiziente Arbeitsteilung und komparative Kostenvorteile entsprungen zu sein scheint, führt effektiv dazu, dass die Profite aus den Wertschöpfungsketten weiter in globalen Zentren akkumuliert werden, während die Peripherie abgehängt bleibt.

Wenn Handel aber zu Entwicklung beitragen soll, die es einer größeren Zahl von Menschen in Entwicklungsländern erlaubt, sich einen menschenwürdigen Wohlstand im Rahmen der ökologischen Grenzen aufzubauen, dann müssen regionale Integrationsprozesse von unten gedacht und gefördert werden und Programme, die Hilfe für Handel (*aid for trade*) versprechen, umgebaut werden zu solchen, die Hilfe für größere Wertschöpfung (*aid for value creation*) bieten und zwar in erster Linie im Blick auf Produkte und Dienstleistungen, die in den jeweiligen Regionen gefragt sind. Nur so können Abhängigkeiten – bspw. von volatilen und in vielen Fällen von oligopolistischen Strukturen dominierten Rohstoffmärkten – wirklich reduziert werden.^[38]

Den Druck von im Ressourcenfluch festhängenden Ländern zu nehmen, würde eine entsprechende Reform der Unternehmens- und Finanzierungsstrukturen bedeuten. Dafür bräuchte es globale Institutionen

analog zu den nationalstaatlichen oder europäischen Kartellbehörden, die aber auch mit dem nötigen rechtlichen Rüstzeug ausgestattet werden müssen. Parallel dazu braucht es eine strenge Regulierung der Finanzmärkte. Unternehmen, die eine marktbestimmende Position im Handel bestimmter Güter aufgebaut haben, müssen bspw. von Finanzspekulationen auf eben diese Rohstoffe ausgeschlossen werden.^[39]

Insgesamt gehört eine entwicklungsfreundliche Handelsagenda eingebettet in eine holistische Betrachtungsweise der globalen ökonomischen Zusammenhänge. Eine Organisation, die wie die WTO weder einem universellen Rechtsrahmen unterliegt (Menschenrechte, Rio-Prinzipien etc.) noch einer umfassenden Analyse ökonomischer Zusammenhänge (dazu gehören neben der Handelspolitik eben auch Steuerfragen, Staatsverschuldung, Währungspolitik u.v.a.m.), kann im Ergebnis keine zufriedenstellenden Ergebnisse zustande bringen.

Kurz gesagt

- » *Aid for Trade* sollte umgebaut werden zu „Hilfe zum Aufbau lokaler Wertschöpfung“.
- » Oligopole im globalen Handel müssen aufgelöst werden.
- » Rohstoffspekulation muss verboten werden.
- » Handel muss als Teil einer größeren ökonomischen Gerechtigkeitsagenda begriffen werden.

Multilateral, plurilateral, regional?

Das multilaterale Handelssystem befindet sich in einer schweren Krise. Große WTO-Mitglieder ignorieren offen deren Regeln. Abhilfemaßnahmen werden blockiert. Neue Abkommen sind im Konsens kaum noch verhandelbar, weil nationale Egoismen über mögliche Kompromisse gestellt werden. Selbst pragmatische Schritte – wie die Selbsteinstufung Chinas als Industrieland – schaffen nicht mehr genug Verhandlungsspielraum.

Entsprechend gibt es diverse Initiativen für Verabredungen unterhalb der Konsensschwelle. So haben sich im März 2020 die EU und 15 weitere WTO-Mitglieder, darunter China, Brasilien, Kanada, die Schweiz und Mexiko, geeinigt, alternative Streitschlichtung nach WTO-Regeln durchzuführen und dieses als Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement (MPIA) bezeichnete Verfahren auch anderen Mitgliedern zu öffnen.^[40] Auch in anderen Bereichen gibt es Versuche, den Konsens aller WTO-Mitglieder durch sog. plurilaterale Abkommen und neuerdings auch durch als plurilaterale Kooperation bezeichnete Joint Statement Initiatives (JSI) zu ersetzen, zuletzt bspw. zur Investitionsförderung (Investment Facilitation for Development^[41]), zur Vereinfachung nationaler Zulassungsregelungen für Dienstleister aus anderen Ländern (Domestic Regulation of Services^[42]) oder zu ausgewählten Umweltproblemen wie Plastik.^[43]

Eine solche JSI verdeutlicht beispielhaft die Probleme mit diesem Ansatz: Fernab der Öffentlichkeit und ohne (offizielles) WTO-Mandat verhandelten von 2019 bis 2024 gut 90 WTO-Mitgliedstaaten über ein plurilaterales Abkommen zum digitalen Handel. Während das Heimatland der weltweit dominanten Tech-Konzerne, die USA, aber auch die Europäische Union, Japan, Südkorea und China bei diesen sogenannten E-Commerce-Verhandlungen den Ton angaben, beteiligte die Mehrheit der Länder des Globalen Südens sich nicht an den Verhandlungen. Die dem Verhandlungsprozess fernbleibenden Staaten kritisierten insbesondere den deregulierenden Charakter mehrerer Vorschriften, die den Aufbau einer eigenen Digitalwirtschaft und einer am Gemeinwohl orientierten Digitalisierung in ihren Ländern stark behindern würde (wie bspw. das Verbot Einsicht in Quellcodes von Produkten ausländischer

Tech-Konzerne zu nehmen oder das Verbot, dass die in ihrem Land erhobenen Daten auch auf heimischen Servern gespeichert werden). Da (selbst) US-Präsident Joe Biden diese – den Tech-Konzernen in die Karten spielende – Anti-Regulierungsagenda zu weit ging, wurden die umstrittensten Regeln vor Abschluss der Verhandlungen aus dem Vertrag entfernt. Das EU-Handelskommissariat und andere auf Tech-Konzern-Linie befindliche Staaten (wie Singapur und Südkorea) drängen jedoch weiter darauf, dass diese brisanten Regeln zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen werden, zuletzt im Dezember 2025.^[44]

Während die JSI also den Blockaden innerhalb der WTO ggf. die Spitze nehmen, werden so Machtungleichgewichte perpetuiert, die ja gerade durch das Einstimmigkeitsprinzip und die Regel „ein Land eine Stimme“ gemindert werden sollten. Auch deshalb hatten sich bei der 13. WTO-Ministerkonferenz 2024 zahlreiche Länder des Globalen Südens gegen die offizielle Anerkennung solcher plurilateralen Abkommen bzw. JSIs innerhalb der WTO gestellt.^[45]

Wie es scheint, ist die WTO mit ihrem multilateralen Handelslatein derzeit an eine Grenze gestoßen. Im Tumult der momentan auch von der Europäischen Union in dieser Gemengelage vorangetriebenen bilateralen und interregionalen Handelsabkommen können allerdings die Interessen der schwächeren Länder ebenso leicht unter die Räder kommen, wie während der Verhandlungsrunden zu den Gründungsdokumenten der WTO.

Es bleiben derzeit zwei Auswege: Zum einen die zu beginnende Arbeit an einer Reform der Welthandelsorganisation, die nicht zwangsläufig darauf hinauslaufen muss, dass diese erhalten bleibt. An ihre Stelle könnte auch eine stärkere Koordinierung zwischen den im globalen Institutionengefüge aufgehängten Organisationen rücken; allen voran den verschiedenen haupt- und Sonderorganen und -organisationen im System der Vereinten Nationen vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) bis UNCTAD. Das könnte für tatsächliche ökonomische Entwicklungsagenden förderlich sein und zugleich das Primat der Menschenrechte wieder herstellen.

Zum anderen bietet auch regionale Integration große Potentiale – sofern sie entsprechend ausgestaltet wird. Dient sie dagegen ausschließlich zur Durchsetzung von Unternehmensinteressen und schwächt gar Souveränität im o.g. Sinn, dann verspielt sie die Möglichkeit, im grenzüberschreitenden Handel Mehrwerte zu schaffen, die der Wirtschaft und den Menschen vor Ort tatsächlich zugutekommen.

Kurz gesagt

- » Die Krise multilateraler Institutionen darf keine Ausrede sein für die rücksichtslose Durchsetzung des Rechts des Stärkeren.
- » Plurilaterale Abkommen sollten sich an den hier genannten Prinzipien orientieren, sonst schaffen sie mehr Probleme, als sie lösen.
- » Regionale Integration ist nur dann sinnvoll, wenn sie nicht einfach die Probleme des multilateralen Systems auf eine tiefere Ebene projiziert.
- » Bei den Diskussionen um eine WTO-Reform muss zunächst geklärt werden, mit welchem politischen Ziel sie geführt werden. Wenn es darum geht, den Zustand von vor X Jahren wiederherzustellen, führen sie in die Irre.

Endnoten

- 1 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (2025): „Wie früher – das gibt es nicht wieder“. Frankfurt am Main. (FAS vom 19. Oktober 2025, S. 2.).
- 2 Vgl. bspw. United Nations (2025): Verpflichtungserklärung von Sevilla. UN Doc. A/RES/79/323. New York. <https://www.un.org/german/de/media/15710> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026). §43a.
- 3 Siehe World Trade Organization (2025): WTO Reform – Transparency Plenary Session – H.E. Mr Petter Olber – Facilitator. JOB/GC/469. Genf. <https://tradebetablog.wordpress.com/wp-content/uploads/2025/11/olberg-report-job-gc-469-2025-11-04.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Vgl. Ungphakorn, Peter/Wolfe, Robert (2025): Text: ‘facilitator’ Ølberg’s November 2025 report on WTO reform talks. <https://tradebetablog.wordpress.com/text-olbergs-nov-25-reform-talks/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 4 Vgl. – speziell zu MC14 – bspw. Third World Network (2026): WTO: MC14 seen as a foregone conclusion, with core mandates at risk. Penang. <https://twn.my/title2/wto.info/2026/ti260201.htm> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Third World Network (2026): Trade: WTO draft MC14 declaration sidesteps core crises to placate US. Penang. <https://twn.my/title2/wto.info/2026/ti260209.htm> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); South Centre (2026): MC14 in Yaoundé: Process and Modalities. Genf. <https://www.southcentre.int/wp-content/uploads/2026/01/South-Centre-Analytical-Note-MC14-Process-in-Yaounde-26-Jan-2026.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 5 Vgl. bspw. Sengupta, Ranja (2025): Welthandel vor Paradigmenwechsel – Handel als Instrument für oder Waffe gegen nachhaltige Entwicklung? In: Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, II/2025. Berlin. https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2025/05/7_FORUM_Rundbrief_252_web-1.pdf (zuletzt abgerufen am 02.03.2026), S. 20ff.
- 6 Reuters (2025): States seek extension of e-commerce tariff moratorium at WTO. London. <https://www.reuters.com/world/americas/states-seek-extension-e-commerce-tariff-moratorium-wto-2025-11-06/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 7 Vgl. Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (o.J.): EU-weit einheitliche Regelung für entwaldungsfreie Lieferketten. Berlin. <https://www.bmlhe.de/DE/themen/wald/waelder-weltweit/entwaldungsfreie-lieferketten-eu-vo.html> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 8 Umweltbundesamt (2025): CBAM-Vereinfachung für 90 Prozent der betroffenen Unternehmen. Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/cbam-vereinfachung-90-prozent-der-betroffenen> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 9 Vereinte Nationen (1992): Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. A/CONF.151/26. <https://www.un.org/german/sites/default/files/2024-09/rio.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 10 Vgl. PowerShift (2025): Stimmen aus dem Globalen Süden zur EU-Handelspolitik. Berlin. <https://power-shift.de/globaler-sueden-und-eu-handelspolitik/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 11 Zur geographischen Verteilung von ISDS-Fällen, vgl. bspw. International Centre for Settlement of Investment Disputes (2026): ICSID Releases 2025 Caseload Statistics. News releases 17 February 2026. Washington, D.C. <https://icsid.worldbank.org/news-and-events/news-releases/icsid-releases-2025-caseload-statistics> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 12 Die seit wenigen Jahren unter UN Trade and Development firmiert.
- 13 Siehe Felber, Christian/Herrmann, Brigitta/Knirsch, Jürgen. (2025). Ein neues Paradigma für die globale Handelsstrategie der EU. Ethischer Welthandel und Gemeinwohl-Ökonomie. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.36054.51525> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026), Seite 62-83.
- 14 World Trade Organization (2025): Dispute DS639 – European Union – Measures concerning the importation of certain products. Genf. https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds639_e.htm (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 15 The White House (2025): Joint Statement on a United States–European Union Framework on an Agreement on Reciprocal Fair and Balanced Trade. Washington, D.C. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/2025/08/joint-statement-on-a-united-states-european-union-framework-on-an-agreement-on-reciprocal-fair-and-balanced-trade/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 16 Sustainable Views (2025): The US wants to kill Europe’s carbon border levy – Will the EU stay the course? London. <https://www.sustainableviews.com/the-us-wants-to-kill-europes-carbon-border-levy-will-the-eu-stay-the-course-cc28352a> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 17 Vgl. Third World Network (2025): Unilateral trade measures hinder climate ambition – say developing countries. Belem Climate News Update 14 November 2026. Penang. <https://twn.my/title2/climate/news/Belem01/TWN%20Belem%20update%208%20with%20QR.pdf> (zuletzt abgerufen 02.03.2026); The Times Of India (2025): COP30: India calls EU’s proposed carbon border tax an instrument of protectionism, saying it contradicts the spirit of the UN climate convention. 12 November 2025. <https://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/cop30-india-calls-eus-proposed-carbon-border-tax-an-instrument-of-protectionism-saying-it-contradicts-the-spirit-of-the-un-climate-convention/articleshowprint/125255304.cms> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 18 Politico (2026): European industry revolts over EU plan for weaker carbon border tax. Brüssel. <https://www.politico.eu/article/european-industry-revolts-eu-plan-weaker-carbon-border-tax-tariff-climate-policy/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 19 Vgl. World Trade Organization (2001): Ministerial Declaration – Fourth Ministerial Conference, Doha. Genf. https://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/mindecl_e.htm (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 20 Dass dies möglich ist, demonstriert – auch wenn Ergebnisse noch zu bewerten sein werden – das zwischen der Schweiz, Costa Rica, Island und Neuseeland abgeschlossene Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS), „dessen rechtsverbindliche handelspolitische Disziplinen umweltpolitische Zielsetzungen umsetzen“ sollen. Vgl. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2025): Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS). Bern. https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/internationale_organisationen/WTO/ACCTS.html (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).

- 21 Diese 16 Staaten (Österreich, Belgien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Irland, Griechenland, Kroatien, Zypern, Lettland, Ungarn, Malta, Rumänien, die Slowakei, Finnland und Schweden) wurden am 30. Januar 2026 von der EU Kommission aufgefordert, aus dem ECT auszutreten. Vgl. ORF (2026): EU-Kommission fordert 16 Staaten zum Austritt aus dem Energiecharta-Vertrag auf. Wien. <https://orf.at/stories/3418729/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 22 Europäisches Parlament (2022): The Energy Charter Treaty and the EU: Assessment and outlook. Brüssel. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/703592/IPOL_STU\(2022\)703592\(SUM01\)_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/703592/IPOL_STU(2022)703592(SUM01)_EN.pdf) (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 23 Schaugg, Lukas/Nikiema, Suzy H. (2024): Model Inter Se Agreement to Neutralize the Survival Clause of the Energy Charter Treaty Between the EU and Other non-EU Contracting Parties. Winnipeg: International Institute for Sustainable Development. <https://www.iisd.org/publications/brief/energy-charter-treaty-survival-clause> (zuletzt abgerufen am 19. Februar 2026).
- 24 Verbeek, Bart-Jaap (2026): Aftershock in Groningen – Shell/ExxonMobil arbitration cases against the Netherlands. Winnipeg: International Institute for Sustainable Development (IISD). <https://www.iisd.org/itn/2026/01/19/aftershock-in-groningen-shell-exxonmobil-arbitration-cases-against-the-netherlands-bart-jaap-verbeek/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 25 Vgl. z.B. PowerShift (o. J.): Konzernklagen stoppen – Keine Paralleljustiz für Investoren. Berlin. <https://power-shift.de/campaign/stopp-konzernklagen/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Transnational Institute/PowerShift et al. (o. J.): Global ISDS Tracker. <https://www.globalisdstracker.org/>.
- 26 Vgl. bspw. den Vorschlag von New Economies for Eradicating Poverty (o.J.): Ending investor-State dispute settlement. <https://www.neep-poverty.org/roadmap-for-eradicating-poverty-beyond-growth-trade-finance-debt-and-global-solidarity/ending-investor-state-dispute-settlement/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 27 Rat der Europäischen Union (o. J.): The EU's role in global trade. Brüssel. <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/the-eu-s-role-in-global-trade/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 28 Europäische Kommission (o. J.): Handelsabkommen. Brüssel. <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/de/content/handelsabkommen> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Rat der Europäischen Union (o. J.): EU-Handelsabkommen. Brüssel. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/trade-agreements/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Euronews (2025): Let's create a new World Trade Organization - Von der Leyen. Lyon. <https://www.euronews.com/my-europe/2025/06/27/von-der-leyen-touts-eu-led-alternative-to-mired-wto> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Europäische Kommission (2025): Statement by President von der Leyen. Brüssel. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/pt/statement_25_2788 (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 29 Siehe Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland (2026): EU und Indien beschließen Freihandelsabkommen. Berlin. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-und-indien-beschliessen-freihandelsabkommen-2026-01-27_de (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Carnegie Endowment for International Peace (2026): The Trump-Modi Trade Deal Won't Magically Restore U.S.-India Trust. Washington, D.C. <https://carnegieendowment.org/emissary/2026/02/india-us-trade-deal-tariffs-trump-modi-relationship> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 30 Siehe Video-Mitschnitt des Trade Policy Day 2025, die zitierte Aussage erfolgte nach ca. 15:09 Minuten: <https://www.linkedin.com/video/live/urn:li:ugcPost:7397184437169328128/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 31 Europäische Kommission (2006): Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt – Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Brüssel. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52006DC0567> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 32 Europäische Kommission (2021): Überprüfung der Handelspolitik – Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik. Brüssel. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0066> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Europäische Kommission (2021): An open, sustainable and assertive trade policy. Brüssel. <https://circabc.europa.eu/rest/download/88a164e4-cc98-4a49-9071-a6c27fe1f39d> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 33 Europäische Kommission (2021): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer (Anti-Coercion Instrument). Brüssel. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021PC0775> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 34 Couvreur, Sébastien/De Ville, Ferdi/Jacobs, Thomas/Orbie, Jan (2022): Article 10 – The good geopolitical trade actor? The European Union's discursive justification of the Anti-Coercion Instrument. Lissabon: Perspectivas – Journal of Political Science. <https://doi.org/10.21814/perspectivas.4489> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 35 Siehe Europäische Kommission (2025): Joint Statement on a United States–European Union framework for an agreement on reciprocal fair and balanced trade. Brüssel. https://policy.trade.ec.europa.eu/news/joint-statement-united-states-european-union-framework-agreement-reciprocal-fair-and-balanced-trade-2025-08-21_en (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); Fritz, Thomas (2025): Zukunft verzockt – Der hohe Preis des Handelsdeals mit Trump. Berlin: PowerShift. <https://power-shift.de/eu-usa-handelsvertrag/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 36 Šešćović, Maroš (2026): The WTO needs an overhaul – We must question whether the 'most favoured nation' principle remains fit for purpose. London: Financial Times, 21. Januar 2026. <https://www.ft.com/content/2ff1d4ce-4d63-4776-8e8c-ace6b3509f24> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 37 Vgl. U.S. Customs and Border Protection (o. J.): African Growth and Opportunity Act (AGOA). Washington, D.C. <https://www.cbp.gov/trade/priority-issues/trade-agreements/african-growth-and-opportunity-act> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 38 Vgl. UNCTAD (2023): Trade and Development Report 2023 – Growth, Debt, and Climate: Realigning the Global Financial Architecture. Genf. <https://unctad.org/publication/trade-and-development-report-2023> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026). Siehe darin u. a. Kapitel III: Food Commodities, Corporate Profiteering and Crises: Revisiting the International Regulatory Agenda.
- 39 Vgl. Felber/Herrmann/Knirsch (2025) a.a.O. Siehe hier insbesondere die Seiten 83–100 und 62–83.

- 40 Inzwischen sind 58 WTO-Mitglieder dem MPIA beigetreten, die 59,5 Prozent des Welthandels abdecken. Vgl. Europäische Kommission (2025): EU welcomes Vietnam to WTO's alternative arbitration arrangement. Brüssel. https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-welcomes-vietnam-wtos-alternative-arbitration-arrangement-2025-10-16_en (zuletzt abgerufen am 02.03.2026); sowie World Trade Organization (o.J.): Alternative Dispute Resolution Procedures. Genf. https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/altds_e.htm (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 41 Angeles, Fiam/Roy, Riya/Yarina, Yulia (2020). Shifting from consensus decision-making to joint statement initiatives: opportunities and challenges. Genf: Graduate Institute of International and Development Studies. <https://doi.org/10.71609/IHEID-5TF5-JC30> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 42 Vgl. Kelsey, Jane (2022): The Illegitimacy of Joint Statement Initiatives and Their Systemic Implications for the WTO. In: Journal of International Economic Law, Volume 25, Issue 1, March 2022, S. 2–24, <https://doi.org/10.1093/jiel/jgac004> (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 43 World Trade Organization (2020): New initiatives launched to intensify WTO work on trade and the environment. Genf: WTO. https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/envir_17nov20_e.htm (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 44 World Trade Organization (o. J.): Joint Statement Initiative on E-commerce. Genf. https://www.wto.org/english/tratop_e/ecom_e/joint_statement_e.htm (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).
- 45 Our World Is Not For Sale (OWINFS) (2024): MC13 collapse: Developing countries successfully push back against radical new WTO expansion agenda, but outcome fails developing countries as well. https://owinfs.org/2024-03-01_R_collapse (zuletzt abgerufen am 02.03.2026).

Impressum

Zollbruchstellen im System

Für eine gerechte, inklusive und nachhaltige globale Handelspolitik
über die WTO hinaus

von Wolfgang Obenland, Jürgen Knirsch und Boniface Mabanza

Herausgeber

Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

info@forumue.de | <https://ptf.forumue.de>

Kontakt: Wolfgang Obenland

Berlin, März 2026



Diese Publikation wird gefördert durch finanzielle Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und unterstützt durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der Autoren und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums Umwelt & Entwicklung, seiner Mitglieder und Förderer wieder.

Gefördert durch:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

